

Video: Pfeifkonzert für Spahn und Polizeigewalt gegen Corona-Demonstrantin



Die Ohnmacht und Hilflosigkeit vieler Menschen angesichts der als Willkür empfundenen Corona Zwangsmaßnahmen wandelt sich langsam in Wut und lautstarken Protest.

So ist es vielleicht kein Zufall, dass ausgerechnet im ersten Bundesland mit Maskenpflicht im Schulunterricht – also in Nordrhein Westfalen – eine politische Symbolfigur dieser Politik wie in den wildesten Zeiten von “Merkel-muss-weg” öffentlich empfangen wurde:

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) dürfte jedenfalls am Montag in Wuppertal kaum mit einer derartigen Begrüßung bei einem Besuch eines CDU-Infostandes im örtlichen Kommunalwahlkampf gerechnet haben ...

Den absolut verstörenden Abschluss des Videos bildet allerdings eine Szene mit abstoßender Polizeigewalt, die hoffentlich ein juristisches Nachspiel haben wird. Zu sehen ist eine junge Frau, die zusammen mit zwei weiteren Personen völlig friedlich am Boden sitzt und damit die Wegfahrt von Jens Spahn verhindert.

Ähnliche Szenen kennt man von linken Demos und Blockaden zuhauf. Ebenso den teils stundenlangen Aufforderungsmarathon mit engelsgleichen Polizeiansagen, dies doch bitte zu unterlassen, bis dann irgendwann – vielleicht – die Blockierer

von jeweils zwei Beamten sanftestmöglich weggetragen werden.

Wie anders dagegen der Umgang der Staatsmacht mit "Covidioten": Nach kurzem scharfen Befehl, jetzt sofort zu gehen, zählt ein weißhaariger Polizist mit Pferdeschwanz – Typ "Alt 68er mit Pensionsanspruch" – knapp bis drei und packt anschließend die Frau in einem Art Würgegriff von hinten, verdreht ihren Kopf in einem Winkel von 45 Grad, schleift sie so zwei Meter weiter und presst ihr schmerzverzerrtes Gesicht dann ausgiebig gegen sein Gemächt.

Was wäre wohl in diesem Land los, wenn die gepeinigte Frau schwarz wäre oder gegen rechts demonstriert hätte? Es bleibt zu hoffen, dass aber auch in diesem Fall das abstoßende Vorgehen juristisch hinsichtlich Körperverletzung im Amt und sexuelle Belästigung überprüft und geahndet wird. Eine Anzeige sollte das Opfer dieses Polizeiübergriffs auf jeden Fall stellen.